

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr** der Stadt Burgdorf am **29.10.2024** im Ratssaal des Schlosses, Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

19.WP/A-WALV/030

Beginn öffentlicher Teil: 17:01 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 18:58 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:55 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 20:20 Uhr

ANWESENHEIT:

Bürgermeister

Pollehn, Armin

Vorsitzender

Braun, Hartmut

stellv. Vorsitzender

Apel, Robert

Mitglied/Mitglieder

Gawlik, Mario
Müller, Malte ab TOP 3
Paul, Susanne
Schweer, Cord-Heinrich
Sund, Björn ab TOP 3

Grundmandat

Bierkamp, Dirk bis TOP 7
Fleischmann, Michael bis TOP N1

Beratende/s Mitglied/er

Auerbach, Stefan
Wackermann, Lutz ab TOP 3

stellv. Mitglied/Mitglieder

Voß, Gabriele Vertretung für Herrn Niklas Peisker,
ab TOP 3.2

Verwaltung

Altarsha, Hazem bis TOP 4.4
Elias, George bis TOP 4.4
Fritz, Petra
Frommelt, Danielle
Krause, Julia
Vollmert, Claudia bis TOP 4.4

Gäste:

Frau Schepelmann Üstra (zu TOP 3)
Herr Arndt Steuern, Lenken, Bauen
Projektsteuerung Region
Hannover GmbH (zu TOP 3)

Herr Diesener
Herr Winkler

Firma Friesecke (Hülptingsen)
Firma Winkler GaLa Bau
(Hülptingsen)

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 05.09.2024
3. Ausbau Radweg Heeßel - Finanzamtunnel
 - 3.1. Ausbau Radweg zwischen Ortsausgang Heeßel und Finanzamtunnel
Bezugsvorlage BV 2022 0270
Vorlage: BV 2024 0834
 - 3.1.1. Ausbau Radweg zwischen Ortsausgang Heeßel und Finanzamtunnel
Planungsvarianten Magdalenenentunnel Bezugsvorlage BV 2024 0834
Vorlage: M 2024 0834/1
 - 3.2. Überarbeitung der Planung bzgl. Radweg zw. Ortsausgang Heeßel und Finanzamtunnel - Antrag der Gruppe SPD und B´90/Die Grünen vom 25.09.2024
Vorlage: A 2024 0872
4. Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 4.1. Planung eines LIFE Moorschutzprojektes im Altwarmbüchener Moor
Vorlage: M 2024 0860
 - 4.2. Sachstandbericht Verkehrsversuch
Vorlage: M 2023 0400/11
 - 4.3. Sachstandbericht 1. BA Fahrradstraßen
Vorlage: M 2024 0882
 - 4.4. Sachstandsbericht: "Vermarktung Baugebiet Ehlershäuser Weg"
Vorlage: M 2024 0761/3
5. Wirtschaftsstandort / Gewerbeflächenentwicklung
 - 5.1. Wirtschaftsstandortstrategie
Vorlage: BV 2024 0790
 - 5.2. Wirtschaftsstandortstrategie
Vorlage: BV 2024 0790/1
 - 5.3. Antrag von der FDP-Fraktion - "Strategische Gewerbeansiedlung"
Vorlage: A 2023 0393
 - 5.4. Antrag der Gruppe Bündnis90/Die Grünen und der SPD-Fraktion - "Strategie für eine nachhaltige und flächensparende Gewerbeflächenentwicklung für zukunftsorientierte Unternehmen"
Vorlage: A 2023 0394

6. Abrechnung von straßenbaulichen Maßnahmen - Aufwandsspaltung (Teileinrichtung)
Vorlage: BV 2024 0815
7. Ausbauprogramm Ersatzneubau Brücke Alter Jagdsteg
Vorlage: BV 2024 0870
8. Entwurf Haushaltssatzung 2025 / 2026
Vorlage: BV 2024 0873
9. Entwurf Investitionsprogramm 2025 / 2026
Vorlage: BV 2024 0877
10. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
11. Anregungen an die Verwaltung
Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Braun**, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Zum Thema „Ausbau Radweg Heebel – Finanzamtunnel“ sind Vertreter der Region anwesend, so dass diese Beratung vorgezogen werden soll, was Zustimmung bei den Ausschussmitgliedern findet.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird in der diesem Protokoll vorangestellten Form genehmigt.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 05.09.2024

Frau Voß sowie die Herren Müller und Sund sind zur Abstimmung noch nicht anwesend.

Einstimmig (4 Jastimmen und 1 Enthaltung) fassen die Ausschussmitglieder folgenden

Beschluss:

Das Protokoll vom 05.09.2024 wird genehmigt.

3. Ausbau Radweg Heeßel - Finanzamtunnel

3.1. Ausbau Radweg zwischen Ortsausgang Heeßel und Finanzamtunnel Bezugsvorlage BV 2022 0270 Vorlage: BV 2024 0834

Frau Schepelmann verweist auf die letzte Ausschusssitzung. Insbesondere besteht der Wunsch, im Bereich des Magdalenenentunnels einen barrierefreien Ausbau vorzunehmen. Die Möglichkeiten hat sie geprüft und stellt diese vor. *Die Präsentation ist aus ökologischen Gründen nur im Bürgerinformationssystem unter www.burgdorf-ratsinfo.de/bj zu dieser Sitzung abrufbar sowie dem Originalprotokoll als **Anlage 1** beigefügt.*

Es gibt verschiedene Varianten, um diesem Wunsch nachzukommen. Allerdings gibt es dabei Beeinträchtigungen für die anliegenden Grundstücke. Bei einer Variante ist Grunderwerb erforderlich, bei anderen können vorhandene Zufahrten nicht gehalten werden. Von diesen Varianten rät sie daher ab und schlägt vor, eine Variante ohne Grunderwerb zu wählen. Eine Möglichkeit wäre, lediglich die Hauptroute Richtung Finanzamtunnel barrierefrei zu gestalten und die anderen Richtungen zu vernachlässigen, in dem diese lediglich barrierefreundlicher ausgebaut werden. Für die weitere Planung muss geprüft werden, wo die Leitungen verlaufen, ggf. muss man sich diesbezüglich noch mit den Leitungsträgern abstimmen.

Herr Fleischmann kritisiert, dass auf der Ostseite weiterhin das Problem der scharfen Kurve besteht und die Planungen nicht den Finanzamtunnel einbeziehen. Weiterhin erkundigt er sich, ob schon eine Entscheidung für die Radschnellwegroute vorliegt. **Frau Schepelmann** antwortet, dass der Finanzamtunnel eine gesonderte Planung seitens der Stadt erhält und die Vorzugsvariante des Radschnellweges über Lehrte verläuft.

Die nunmehr vorgestellten Planungsvarianten finden insoweit Zustimmung bei den Ausschusmitgliedern, dass damit die Beratung innerhalb der Fraktionen erfolgen kann. Eine Variante ohne Grunderwerb soll dabei bevorzugt werden. Auch die bestehenden Zufahrten im Bereich des Magdalenenweges sollen erhalten bleiben.

Frau Schepelmann teilt mit, dass die Rahmenbedingungen von der Politik vorgegeben werden müssen, damit daraus die Vorzugsvariante geplant werden kann. Dafür ist wichtig zu entscheiden, welche Richtung barrierefrei ausgebaut werden soll. Zur besseren Veranschaulichung sichert sie zu, Bilder/Grafiken von 3D-Modellen den Ausschusmitgliedern zur Verfügung zu stellen.

Nachrichtlich über Protokoll:

Diese werden im Rahmen einer Ergänzungsvorlage zur Verfügung gestellt (BV 2024 0834/2).

Beschluss:

Die Beschlussfassung wird in die nächste Sitzung am 05.12.2024 vertagt.

3.1.1. Ausbau Radweg zwischen Ortsausgang Heeßel und Finanzamtunnel Planungsvarianten Magdalenenentunnel Bezugsvorlage BV 2024 0834 Vorlage: M 2024 0834/1

Vertagt – siehe TOP 3.1

- 3.2. Überarbeitung der Planung bzgl. Radweg zw. Ortsausgang Heeßel und Finanzamtstunnel - Antrag der Gruppe SPD und B´90/Die Grünen vom 25.09.2024
Vorlage: A 2024 0872**
-

Vertagt – siehe TOP 3.1

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Mündliche Mitteilungen werden nicht vorgetragen.

- 4.1. Planung eines LIFE Moorschutzprojektes im Altwarmbüchener Moor
Vorlage: M 2024 0860**
-

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 4.2. Sachstandbericht Verkehrsversuch
Vorlage: M 2023 0400/11**
-

Frau Frommelt informiert, dass die Auswertung der Verkehrsdaten bis Ende Dezember 2024 erfolgen soll. Im Anschluss daran werden die fachlichen Gespräche mit der Polizei und Verkehrsbehörde geführt, so dass eine Vorstellung der Ergebnisse und eine Beschlussfassung über die Zukunft der Marktstraße im Ausschuss für Januar 2025 geplant ist. Auch eine Thematisierung im Workshop ist vorgesehen.

Herr Gawlik erinnert daran, dass der Verkehrsversuch bis Ende Februar 2025 laufen soll. Die Ergebnisse müssen aber erstmal vorliegen, damit man sich in den Fraktionen beraten kann und Anregungen in die weitere Planung eingearbeitet werden können. Nicht das plötzlich ein Ergebnis geschaffen wird, ohne dass sich die Beteiligten einbringen können. **Frau Frommelt** antwortet, dass die Ergebnisse, so wie sie vorliegen, über eine Mitteilungsvorlage zur Verfügung gestellt werden.

Herr Wackermann sieht keinen Zeitdruck. Wenn zum Ende des Verkehrsversuches keine Lösung vorliegt, kann man nicht an den Ausgangspunkt zurückkehren. Somit würde dieser Versuch zunächst weiterlaufen. **Herr Sund** findet, dass eine solche Situation nicht befriedigend wäre. Seitens der Verwaltung müssen Vorschläge erarbeitet werden, wie man die Situation verbessern kann. Ein Kritikpunkt war die Parksituation. Daher möchte **Herr Sund** wissen, ob eine Parkraumerhebung erfolgt, damit die Zahlen in die weitere Diskussion einfließen können. Schließlich gibt es nicht nur die Marktstraße zum Parken, sondern noch diverse Alternativen.

Herr Müller verweist auf die Städtebauförderung. In dem Rahmen sollte ein Parkraumkonzept für die Innenstadt erarbeitet werden, zu dem auch ein Parkraumgutachten gehören sollte. Dieses wurde aber noch nicht vorgestellt.

Nachrichtlich über Protokoll:

Die Parkraumerhebung wurde von PGT an zwei Zeitpunkten durchgeführt: die erste am 16.05.2023 und die zweite im Rahmen der Evaluation des Verkehrsversuchs am 23.05.2024. Der Entwurf wurde den Abt. 61/66 vorgestellt. Die endgültige Fassung wird im Ausschuss vorgestellt (Vorlage).

Herr Fleischmann findet, dass die Marktstraße noch gefährlicher für Radfahrende geworden ist. Er möchte wissen, ob die Zählungen auch die Zahlen für Radfahrende/Fußgänger umfassen. **Frau Frommelt** antwortet, dass dieselben Zählstellen wie bisher gewählt werden, damit die Zahlen vergleichbar sind. Dabei werden neben dem Radverkehr auch Beobachtungen zu den Querungen erfasst.

Zudem zeigt sich **Herr Fleischmann** überrascht über den „sehr positiven“ Pressebericht zur Marktstraße. Er hat von den Anliegern ganz andere Informationen gehört. **Herr Gawlik** äußert, dass der Artikel sicherlich nur ein Ausschnitt ist und nicht auf alle Inhaber zutrifft.

Herr Gawlik teilt mit, dass es einen Unmut bei den Busfahrern geben soll. Dies bejaht **Frau Frommelt**. Es hat diesbezüglich schon eine Begehung mit der Regio Bus gegeben. Daraufhin hat es Veränderungen, wie z. B. die Versetzung eines Parklets, gegeben. Seitdem sind seitens der Regio Bus keine negativen Äußerungen mehr gekommen.

Herr Auerbach berichtet, dass aktuell eine Aggressivität auf der Marktstraße herrscht, insbesondere von Autofahrenden und E-Scooter-Fahrenden. In dieser Situation fühlen sich Senioren nicht wohl.

Frau Paul möchte wissen, wie sich die Verwaltung vorbereitet, dass nicht plötzlich Tempo 50 auf der Marktstraße gilt. **Frau Frommelt** antwortet, dass mit Vorliegen der Verkehrsdaten entsprechende Varianten erarbeitet und vorgelegt werden sollen.

Herr Wackermann schlägt vor, dass die Verkehrsbehörde zur Januar-Sitzung des A-WALV eingeladen wird, so dass diese direkt in die Diskussion eingebunden werden kann.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen. Zur Sitzung am 16.01.2025 ist die Verkehrsbehörde einzuladen, damit diese in die Diskussion eingebunden werden kann.

4.3. Sachstandbericht 1. BA Fahrradstraßen Vorlage: M 2024 0882

Frau Frommelt berichtet, dass die Anliegerversammlung stattgefunden hat. Die Fragen und Antworten sollen noch auf der Internetseite eingestellt werden. Als Anregung aus der Versammlung wurde mitgenommen, dass erneut Verkehrsdaten erhoben werden sollen. Dazu zählt auch eine Schülerbefragung an der IGS. Das soll noch im November stattfinden, die Zahlen werden der Politik zur Verfügung gestellt.

Sie weist zudem daraufhin, dass Fragen zu dem Thema jederzeit an Herrn Elias (Projektverantwortlicher Abteilung Tiefbau) gerichtet werden können oder aber über das Mitmachportal eingestellt werden können.

Eine Beschlussvorlage wird erst nach Prüfung aller Anregungen und Vorliegen der Verkehrsdaten vorgelegt und vorgestellt.

Herr Gawlik stellt in Frage, ob der November noch der richtige Zeitpunkt für die Verkehrszählung ist. Das sollte besser im Frühjahr erfolgen, wenn wieder mehr Radfahrende unterwegs sind. Die IGS ist in Betrieb, daher besteht s. E. auch keine Eile. Die Verkehrsströme haben sich in kurzer Zeit gebildet und etabliert. Daher besteht die Befürchtung, dass die Fahrradstraße nicht genutzt wird, da sich die SchülerInnen an die neuen Wege gewöhnt haben.

Herr Apel stimmt dem zu. Es haben sich Verkehrsströme gebildet und man sollte die Schulwegsicherung in den Fokus nehmen. Wenn sich herausstellt, dass die gewünschte Lenkung nicht mehr erfolgt, sollte man die neu gewählten Wege sicherer gestalten.

Frau Frommelt antwortet, dass der November sicherlich nicht der optimalste Zeitpunkt für die Datenerhebung ist. Sofern es seitens der Politik gewünscht wird, kann die Zählung ins Frühjahr geschoben werden.

Herr Fleischmann ist verwundert, dass im Protokoll zur Anliegerversammlung der Wegfall von Parkplätzen nicht thematisiert ist. Er kann sich nicht vorstellen, dass es keinen Widerstand seitens der Anlieger dazu gibt. **Frau Frommelt** berichtet, dass darüber gesprochen wurde. Die Anregungen werden im weiteren Planungsverfahren überprüft und falls möglich berücksichtigt.

Herr Wackermann berichtet, dass in der Versammlung darauf hingewiesen wurde, dass in der näheren Umgebung noch ausreichend Parkflächen zur Verfügung stehen. Allerdings haben die Anlieger die Fahrradstraße an sich in Frage gestellt. Er möchte wissen, welche Ergebnisse die Befragung der SchülerInnen bringen soll, sofern sich diese die geplante Fahrradstraße überhaupt vorstellen können. Ob die Straße „Vor dem Celler Tor“ als Schulweg genutzt werden kann, sollte ebenfalls beantwortet werden.

Herr Apel findet eine Schülerbefragung sinnvoll, um herauszufinden, ob sich diese umlenken lassen. So lassen, wie es aktuell ist, ist für ihn keine Lösung. Im Zweifel muss zunächst eine Zwischenlösung gefunden werden.

Herr Müller weist darauf hin, dass das Angebot „1. Verkehrsversuch Marktstraße“ zu erhöhtem Radverkehr geführt hat, so dass man dies sicherlich auch bei Einrichtung der Fahrradstraße erzielen kann. Eine Befragung kann dabei nicht schaden. Allerdings sollte eine bildliche Darstellung der geplanten Fahrradstraße in dem Fragebogen abgedruckt werden, damit die Schüler diese verständlich nachvollziehen können.

Frau Paul erkundigt sich, wer den Fragebogen anfertigt. **Frau Frommelt** antwortet, dass das beauftragte Ingenieurbüro diesen erstellt.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen. Die geplante Verkehrszählung soll ins Frühjahr 2025 verschoben werden. Bei der Befragung soll ein Plan der geplanten Fahrradstraße abgedruckt werden.

4.4. Sachstandsbericht: "Vermarktung Baugebiet Ehlershäuser Weg" Vorlage: M 2024 0761/3

Herr Fleischmann verweist auf die schleppende Vermarktung und möchte wissen, ob weitere Neubaugebiete durch die Stadt in Planung sind. **Frau Fritz** teilt mit, dass die Vermarktung marktkonform läuft. Die Nachfrage ist auch immer abhängig vom Zinsniveau. Derzeit stehen die Baugebiete „nordwestlich Weserstraße“ und „Hornweg“ kurz vor der Vermarktung. Die Planung weiterer Baugebiete obliegt der Stadtplanung, aktuell liegt kein Beschluss für ein weiteres Bau-

gebiet vor.

5. Wirtschaftsstandort / Gewerbeflächenentwicklung

5.1. Wirtschaftsstandortstrategie **Vorlage: BV 2024 0790**

Siehe TOP 5.2

5.2. Wirtschaftsstandortstrategie **Vorlage: BV 2024 0790/1**

Herr Gawlik erläutert, dass die beiden Anträge Grundlage dieser Beschlussvorlage sind bzw. wurden diese im Beschlussvorschlag aufgegriffen. Er zieht daraus die Erkenntnis, dass die Gründung der Burgdorf GmbH angeschoben werden muss. Weiterhin findet er 1,5 Stellen nicht ausreichend, um die ganzen Aufgaben kurzfristig umzusetzen. Seines Erachtens sollte der Stellenbedarf auf drei Stellen erhöht werden.

Herr Sund lobt die nachvollziehbare Darstellung der Aufgaben und deren geplanter Abarbeitung. Auch er findet, dass die Burgdorf GmbH gegründet werden muss, damit hier Personal tätig werden kann. Er findet, dass zunächst die Aufstockung um 1,5 Stellen ausreichend ist. Erstmal sollte man gucken, wie sich das Aufgabenfeld entwickelt und das Personal dann ggf. aufstocken.

Herr Braun regt an, die Diskussion in Bezug auf die Stellen im Rahmen des Stellenplans zu führen.

Auch **Herr Apel** findet, dass das Thema Wirtschaftsförderung strukturiert dargestellt ist und man eine gute Übersicht hat. Damit liegt ein Konzept vor, aber es muss auch in die Umsetzung eingestiegen werden. Ein wichtiges Instrument ist dabei die Burgdorf GmbH. Man muss aber auch mit dem arbeiten, was wir schon haben. Die Zeitachse sollte man im Blick behalten. Bevor die Burgdorf GmbH richtig starten kann, liegt noch eine Kommunalwahl an.

Herr Fleischmann weist auf die aktuelle Lage der Unternehmen hin. Diese sind mit Investitionen zurückhaltend. Man sollte sich lieber eine Sache herausuchen, wo die besten Chancen auf Umsetzung bestehen. Seines Erachtens wäre dies ein Gewerbegebiet bei Beinhorn mit einem direkten Anschluss zur Autobahn, wofür er schon mehrfach geworben hat. **Herr Apel** weist darauf hin, dass Krisenzeiten auch Gründerzeiten sind. Nunmehr liegt eine Struktur vor, so dass man in die konkrete Abarbeitung einsteigen kann.

Herr Sund bittet um regelmäßige Berichte zum Stand der Umsetzung. **Frau Fritz** sichert dies zu. Geplant ist ein regelmäßiger Bericht, damit ggf. auch rechtzeitig nachgesteuert werden kann. **Herr Gawlik** wünscht sich nicht nur eine jährliche Vorlage als Bericht, sondern im Rahmen der Ausschusssitzung kurze Informationen zwischendurch.

Einstimmig fassen die Ausschussmitglieder folgenden empfehlenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf beauftragt den Bürgermeister, die von MODULDREI

Standortstrategie GmbH erstellte „**Strategie für den Wirtschaftsstandort Burgdorf**“ in ihrer vorliegenden Fassung vom 24.07.2024 umzusetzen.

Der Rat verfolgt damit die in der Vision formulierten **strategischen Ziele**:

2030 IST BURGDORF EIN STANDORT ...

1. ... der sich durch ein gutes wirtschaftliches Netzwerk auszeichnet, in dem viele Informationen geteilt werden.
2. ... der gut mit Arbeits- und Fachkräften versorgt ist, eine gute Bildungsinfrastruktur aufweisen kann und dazu familienfreundlich ist.
3. ... der Entwicklungsmöglichkeiten für innovative Unternehmen bietet und resilient ist durch einen breiten Branchenmix.
4. ... mit einer attraktiven Innenstadt, die eine ausgewogene Qualität bietet und neben dem Konsum zum Verweilen einlädt.
5. ... an dem Gewerbeflächen strategisch entwickelt und anschließend proaktiv vermarktet werden. Gewerbeflächenentwicklung ist Ausdruck gesamtstädtischer Planungen und ist sich der ökologischen Auswirkungen bewusst.
6. ... mit einer Wirtschaftsförderung, die ihre großen und kleinen Unternehmen kennt und bestmöglich betreut - ihr Auftreten ist dabei lösungsorientiert und sie versteht sich als Lotsin für die Unternehmen.

Die Umsetzung der Strategie für den Wirtschaftsstandort soll in den von MODULDREI empfohlenen **3 Handlungsfeldern** erfolgen:

Handlungsfeld A: Gewerbeflächenentwicklung und Ansiedlungen

Handlungsfeld B: Innenstadtentwicklung

Handlungsfeld C: Bestandspflege und Vernetzung (Lokal und Regional)

In den jeweiligen Handlungsfeldern sollen folgende Ziele verfolgt werden:

Ziele Handlungsfeld A: Gewerbeflächenentwicklung und Ansiedlungen

1. Erhöhung der Steuereinnahmen
2. Strategische Flächenentwicklung durch Vergabekriterien
3. Konsequente Nachverdichtung im Bestand

Ziele Handlungsfeld B: Innenstadtentwicklung

1. Der Spittaplatz ist zentraler Ort der Begegnung mit hoher Aufenthaltsqualität
2. Gute Erreichbarkeit der Innenstadt durch multimodale (verschiedene) Angebote
3. Minimierung von Leerständen durch proaktives Leerstandsmanagement

Ziele Handlungsfeld C: Bestandspflege und Vernetzung (Lokal und Regional)

1. Unternehmen und Arbeits- und Fachkräfte finden effektiv zusammen
2. Regelmässiger Informationsfluss zwischen Unternehmen
3. Wirtschaftsfreundliche Verwaltung durch Lotsendienst
4. Standortprägende Unternehmen werden gehalten

HANDLUNGSFELDER FÜR DIE WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG.

MODULDREI

Handlungsfeld A	Handlungsfeld B	Handlungsfeld C
GEWERBEFLÄCHEN-ENTWICKLUNG UND ANSIEDLUNGEN	INNENSTADTENTWICKLUNG	BESTANDSPFLEGE UND VERNETZUNG (LOKAL UND REGIONAL)
Erhöhung der Steuereinnahmen	Der Spittaplatz ist zentraler Ort der Begegnung mit hoher Aufenthaltsqualität	Unternehmen und Arbeits- und Fachkräfte finden effektiv zusammen
Strategische Flächenentwicklung durch Vergabekriterien	Gute Erreichbarkeit der Innenstadt durch multimodale (verschiedene) Angebote	Regelmäßiger Informationsfluss zwischen Unternehmen
Konsequente Nachverdichtung im Bestand	Minimierung von Leerständen durch proaktives Leerstandsmanagement	Wirtschaftsfreundliche Verwaltung durch Lotsendienst
		Standortprägende Unternehmen werden gehalten

62

Der Rat stellt dafür die erforderlichen Ressourcen im Rahmen der Haushaltsmittel und des Stellenplanes bereit.

Damit soll die Wirtschaftsförderung in die Lage versetzt werden, auf die in der Wirtschaftsstandortstrategie beschriebene Vision Burgdorf 2030 hin arbeiten zu können und die priorisierten Handlungsfelder und Projekte realisierbar zu machen.

Grundlage für die Bereitstellung der Mittel ist das **Arbeitsprogramm**, das die Wirtschaftsförderung in einem jährlichen Bericht zu den laufenden und geplanten Aktivitäten vorstellt. Für das Haushaltsjahr 2025/2026 gilt das in dem vorliegenden Strategiepapier vorgestellte Arbeitsprogramm (S. 63). Das Arbeitsprogramm wird durch die jeweiligen Projekte in den 3 Handlungsfeldern beschrieben.

ARBEITSPROGRAMM FÜR DIE WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG.

MODULDREI

Handlungsfeld A	Handlungsfeld B	Handlungsfeld C
GEWERBEFLÄCHEN-ENTWICKLUNG UND ANSIEDLUNGEN	INNENSTADTENTWICKLUNG	BESTANDSPFLEGE UND VERNETZUNG
A1: Masterplan „Gewerbeflächen“ mit Vergabekriterien	B1: Implementierung eines Citymanagements	C1: Digitaler Newsletter für Burgdorfer Unternehmen
A2: Aufbau und Pflege einer Landingpage (Website) mit Fokus auf Ansiedlungen		C2: Unternehmer*innenfrühstück
A3: Key-Account-Management Investorenservice		
A4: Leerstandskataster für alle Immobilien und Flächen in Burgdorf		

63

Als ein wesentliches Projekt soll im Handlungsfeld A seitens der Verwaltung unter Beteiligung der betroffenen Fachabteilungen ein **Masterplan Gewerbeflächen** erstellt werden, der im Ergebnis als Leitfaden für Politik und Verwaltung zur mittel- und langfristigen Planung dienen soll. Dieser gibt an, an welchen Standorten welche Entwicklungen möglich sind und berücksichtigt dabei auch die gesamtstädtische Entwicklung.

Der Rat beschließt zudem als grundlegende Voraussetzung zur Umsetzbarkeit die von MODULDREI empfohlene Schaffung von dauerhaften 1,5 Stellen nur für die Wirtschaftsförderung im Stellenplan.

5.3. Antrag von der FDP-Fraktion - "Strategische Gewerbeansiedlung"
Vorlage: A 2023 0393

Der Inhalt des Antrages wird im Rahmen der Beschlussvorlage zur Wirtschaftsstandortstrategie abgearbeitet, sodass keine gesonderte Beschlussfassung zu diesem Antrag gefasst wird.

Siehe TOP 5.2

5.4. Antrag der Gruppe Bündnis90/Die Grünen und der SPD-Fraktion - "Strategie für eine nachhaltige und flächensparende Gewerbeflächenentwicklung für zukunftsorientierte Unternehmen"
Vorlage: A 2023 0394

Der Inhalt des Antrages wird im Rahmen der Beschlussvorlage zur Wirtschaftsstandortstrategie abgearbeitet, sodass keine gesonderte Beschlussfassung zu diesem Antrag gefasst wird.

Siehe TOP 5.2

6. Abrechnung von straßenbaulichen Maßnahmen - Aufwandsspaltung (Teileinrichtung)
Vorlage: BV 2024 0815

Einstimmig fassen die Ausschussmitglieder folgenden empfehlenden

Beschluss:

Der Aufwand für die selbstständig nutzbare Teileinrichtung „Gehweg“ für die Ausbauanlage „Am Heidberg“ wird gesondert ermittelt und abgerechnet.

7. Ausbauprogramm Ersatzneubau Brücke Alter Jagdsteg
Vorlage: BV 2024 0870

Einstimmig fassen die Ausschussmitglieder folgenden empfehlenden

Beschluss:

Die Baumaßnahme wird, wie in der Vorlage BV 2024 0870 dargestellt, durchgeführt.

8. Entwurf Haushaltssatzung 2025 / 2026
Vorlage: BV 2024 0873

Frau Frommelt informiert, dass im Bereich Tiefbau ein großer Anteil der angemeldeten Mittel auf den Neubau Bauhof entfällt.

Weiterhin sind u.a. Mittel für folgende Projekte/Maßnahmen eingeplant:

Produkt Abwasser

- Zulaufpumpwerk (Planung 2025, Bau 2026)
- Energieversorgung Kläranlage (im Zusammenhang mit Bauhofneubau)

Produkt Gemeindestraßen

- Bau der Fahrradstraße (2025/2026)

Produkt Straßenreinigung

- Neue Kehrmachine

Produkt Beleuchtung

- Neubau/Umbau von Beleuchtungsanlagen (Neubau betrifft i.d.R. Baugebiete)

Frau Fritz informiert, dass für die haushalterischen Produkte der Wirtschaftsförderung die bisherigen Ansätze um die in der vorgestellten Wirtschaftsstandortstrategie vorgestellten Ansätze erhöht wurden (s. TOP 5.2.: BV 2024 0790/1).

Die Haushaltsansätze im Bereich Liegenschaften (Produkt 11112) wurden mit jährlich 500.000€ angemeldet für das Flächenmanagement und den Erwerb von Ackerflächen zu Tausch- und Kompensationszwecken. Weiterhin wurde für den möglichen Erwerb einer gewerblichen Entwicklungsfläche eine Verfügungsermächtigung (VE) in 2026 für 2027 eingeplant.

Der Entwurf zur Haushaltssatzung 2025/2026 wird zur Kenntnis genommen.

9. Entwurf Investitionsprogramm 2025 / 2026
Vorlage: BV 2024 0877

Siehe TOP 8

Der Entwurf zum Investitionsprogramm 2025/2026 wird zur Kenntnis genommen.

10. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Es liegen keine Anfragen vor.

11. Anregungen an die Verwaltung

1. Herr Gawlik erinnert an seine Bitte, dass an der Kreuzung Spargelfeld/Wolfskuhlen wieder das Verkehrszeichen „Kreuzung“ (Rechts-vor-Links-Regelung) aufgestellt wird. Viele Kinder aus Schillerslage nutzen diese Strecke als Schulweg.

Antwort der Verwaltung:

Nach Rücksprache mit der Verkehrsbehörde konnte keine Anordnung zu Zeichen 102 im betroffenen Bereich gefunden werden. Daher ist davon auszugehen, dass dieses Verkehrszeichen dort bisher nicht installiert war.



Bzgl. der nachträglichen Anordnung des Verkehrszeichens liegen der Verwaltung keine Anhaltspunkte vor, die eine wie in der allg. Verwaltungsvorschrift zur StVO zu Zeichen 102 vorausgesetzte „schwer erkennbare Kreuzung oder Einmündung von rechts“ begründen würden. Der Streckenverlauf ist übersichtlich, die Einmündung großzügig ausgebaut und die Geschwindigkeit sowohl auf der Straße Spargelfeld als auch in der Straße Wolfkuhlen bereits auf Tempo 50 reduziert. Eine Anordnung würde dem Grundsatz, Verkehrszeichen nur da anzuordnen, wo dies auf Grund der besonderen Umstände zwingend erforderlich ist, widersprechen.

2. Herr Gawlik möchte wissen, wie für das Stadtmobil seitens der Stadt geworben wird und ob es eine Auswertung zur Nutzung des Angebotes gibt. **Herr Pol-lehn** antwortet, dass es dazu Anfang nächsten Jahres eine Information geben soll. Zum einen wirbt das Unternehmen für das Carsharing-Angebot und zum anderen wird auf der städtischen Internetseite darauf hingewiesen. In einer aktuellen Besprechung zu dem Thema wurde auch schon überlegt, in welcher Form noch mehr für das Carsharing geworben werden kann. Das Thema wird dann ebenfalls in der Info-Vorlage aufgegriffen.

3. Herr Gawlik fragt nach, ob es tatsächlich möglich ist, Passfotos direkt kostengünstig im Bürgerbüro machen zu lassen, wenn man z. B. seinen Ausweis verlängern möchte. **Frau Fritz** teilt mit, dass es sich hierbei um eine zusätzliche Serviceleistung für den Bürger handelt. Die biometrischen Passbilder sind im Anschluss direkt durch die Mitarbeiterinnen und den Mitarbeitern vom Fachprogramm abrufbar. **Herr Gawlik** äußert Bedenken, da ein Wettbewerb zu den ansässigen Fotografen geschaffen wird.

Antwort der Verwaltung:

Nach den bundesrechtlichen Vorschriften sind ab dem 01. Mai 2025 papierbasierte Passbilder für die Beantragung von Ausweisdokumenten nicht mehr zugelassen, ab diesem Datum dürfen die Pass- und Ausweisbehörden nur noch biometrische Passbilder in digitaler Form nutzen. Der Bundesgesetzgeber erwartet, dass die Bürgerinnen und Bürger möglichst die Wahl haben, ob sie ein Lichtbild durch einen privaten Anbieter oder direkt in der Behörde erstellen lassen. Dabei wurden vom Gesetzgeber auch die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt, die regelmäßig eine Verschlankung der Antragsprozesse wünschen. Für die hierzu benötigten Fototerminals wurde seitens der Bundesdruckerei eine Bedarfsabfrage an die Städte und Gemeinden gestellt. An diesen Fototerminals können die Bürgerinnen und Bürgern

auch die erforderlichen Fingerabdrücke und die Unterschrift abgeben. Selbstverständlich werden die von den Fotografen erstellten biometrischen Fotos für Ausweisdokumente verwendet, was voraussetzt, dass das Foto über eine sichere elektronische Übermittlung an die Stadt Burgdorf –Bürgerbüro- gelangt.

4. Herr Auerbach erkundigt sich, ob es schon Überlegungen für die Nachnutzung der Flächen der „alten“ Bauhöfe gibt. **Frau Frommelt** informiert, dass es noch keine konkreten Überlegungen dazu gibt, aber das Thema steht auf der Agenda.

5. Herr Sund fragt, wie es mit den Planungen zum KVP Ostlandring weitergehen soll. **Frau Frommelt** berichtet, dass es einen Antrag zur Einstellung der Planung gab. Dieser wurde allerdings abgeändert, so dass die Planungen nur zurückgestellt wurden, bis die Bauarbeiten auf dem Acribo-Gelände abgeschlossen sind. Mit der Fertigstellung der Kita ist Mitte 2025 zu rechnen. Dann wird geprüft, ob die Kreuzung noch leistungsfähig oder ob ein Umbau zum KVP erforderlich ist. Eine weitere Option ist, die LSA zu optimieren.

Einwohnerfragestunde

1. Ein Anlieger im Bereich der geplanten Fahrradstraße äußert seinen Unmut. Die Stimmung auf der Anliegerversammlung war sehr aufgeladen, da die Fahrradstraße von den Anliegern nicht gewünscht ist. Aus dem Protokoll zur Anliegerversammlung kann man dieses Stimmungsbild nicht erlesen. Er verweist auf die aufgestellten Parkverbotsschilder u.a. im Bereich der Wallgartenstraße und möchte wissen, was er unternehmen muss, dass diese wieder entfernt werden. **Frau Frommelt** informiert, dass diese zum Schulbeginn der IGS aufgestellt wurden, damit Radfahrende (nicht nur die Schüler*innen) die Strecke insbesondere bei Begegnungsverkehr sicherer nutzen können. Im Zuge der weiteren Planung wird geprüft, inwieweit die Verbotszonen aufrechterhalten werden. Die Schilder vorzeitig abzubauen, ist nicht geplant.

Der Anlieger weist daraufhin, dass es sich bei der Garten- und Wallgartenstraße um Hauptverkehrsstraßen handelt, die vom Schulradverkehr nicht genutzt werden. Daher möchte er nicht erst die weitere Prüfung abwarten, sondern ist an einer kurzfristigen Änderung interessiert. **Herr Pollehn** teilt mit, dass die Anregung aufgenommen wird und eine Prüfung erfolgt, ob diese an der Stelle noch sinnvoll sind.

2. Ein Einwohner möchte wissen, ob schon eine Begutachtung der Hochbrücke erfolgt ist und ob es schon Planungen zu einem Neubau gibt. In dem Falle wäre eine wichtige Verbindung über lange Zeit unterbrochen. **Frau Frommelt** antwortet, dass die Untersuchung erst im Dezember durchgeführt wird. Es gibt ein Mobilitätskonzept mit Ideen zu dem Thema. Allerdings dauert die Umsetzung solcher Projekte, insbesondere die Hochbrücke betreffend.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ausschussvorsitzender

Protokollführerin